Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 77 (1983)

Heft: 6

Artikel: Das Dokument : ein Wort zur Friedensfrage : zweites Manifest des Sozialistischen Kirchgenossen Basel

Autor: Sozialistische Kirchgenossen (Basel)

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143060

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Wort zur Friedensfrage

Zweites Manifest der Sozialistischen Kirchgenossen Basel

Teil 1: Zur theologischen Orientierung

Als Christen sehen wir das Weltgeschehen im Licht des Evangeliums. Im Kampf um den Weltfrieden heute werden uns Zusagen und Weisungen des Evangeliums neu wichtig und konkret. Jesus selber sagt: «Himmel und Erde werden vergehen, aber meine Worte werden nicht vergehen» (Mk. 13, 31), und: «Selig sind die Friedensstifter, denn sie sollen Söhne Gottes genannt werden» (Mt. 5, 9).

A. Versuchung

Im Evangelium wird die Stimme Gottes laut. Dasselbe Evangelium bezeugt uns, dass wir auch der Gegenstimme ausgesetzt sind, der Stimme des Versuchers. «Sage Gott ab und stirb!» (Hi. 2, 9). Es ist heute die Stimme der Resignation. Wie die folgende Analyse zeigt, ist unsere Lage zum Verzweifeln. Lebens- und gottfeindliche Mächte und Zwänge treiben blinde Menschen dem Untergang entgegen. Im Licht des Evangeliums durchschauen wir den Trug, der darin besteht, dass wir Gott nicht mehr als Herrn seiner Geschichte mit den Menschen erkennen.
Das Evangelium sagt uns, dass Jesus die Versuchung bis zum verzweifelten Schrei am Kreuz mitdurchlitten hat, damit wir sie in der Kraft seiner Auferstehung überwinden. Wo nichts zu hoffen ist, halten wir an der Hoffnung fest (nach Röm. 4, 18).

B. Herausforderung

Im Licht des Evangeliums fordert uns die aktuelle Situation zur *Umkehr* auf: Umkehr von den «Götzen», die die Welt beherrschen, zu Jesus Christus, der ihre wahre Zukunft ist! Umkehr vom Zwang der Sorge und Angst um uns selbst zur Freiheit im Dienst am Kommen seines Reichs! Umkehr von der abgesicherten Zukunft zum Wagnis neuer Schritte in seiner Nachfolge.
«Wer sein Leben retten will, der wird es verlieren; Wer aber sein Leben verliert um meinetwillen, der wird es retten» (Mk. 3, 35). Wir haben heute die wirksamsten Waffen in den Händen. Wenn wir unser Leben damit retten wollen, werden wir es gewiss verlieren. Verzichten wir um seinetwillen auf diesen Schutz, so werden wir es retten.
Es ist unser Glaube, dass wir das Leben geschenkt bekommen aus der Hingabe unseres Lebens, dass unsere Sicherheit verborgen und geborgen ist in unserer Unsicherheit.

C. Chance

Die aktuelle Situation ist mehr als je zuvor eine Chance, unseren Glauben zu bewähren. Denn «Christus wohnt nicht im Rosengarten, sondern mitten unter seinen Feinden» (Luther). Hier wollen Liebe und Hoffnung die überlegene Kraft beweisen, die sie aus ihm schöpfen. Aus der Ausweglosigkeit, in der wir uns befinden, will er sich als *der* Weg erweisen.

«Herr, mach mich zum Werkzeug deines Friedens,
dass ich Liebe übe, wo man sich hasst;
dass ich verzeihe, wo man sich beleidigt;
dass ich verbinde, wo Streit ist;
dass ich Hoffnung erwecke, wo die Verzweiflung quält;
dass ich ein Licht anzünde, wo die Finsternis regiert!»

(nach Franz von Assisi)

D. Beitrag

Wir nehmen als Christen an der heutigen Friedensbewegung teil. Wir respektieren bei den nichtchristlichen Mitkämpfern die Entschlossenheit ihres Einsatzes. Zugleich möchten wir, was uns in Christus geschenkt ist, *in die Friedensbewegung hineintragen:*

— die Freiheit von Erfolg und Misserfolg, so dass wir auch im Scheitern neu mit Gott rechnen;

— die Entschiedenheit, nächstliegende Ziele (z.B. einseitige Schritte der Abrüstung, atomwaffenfreie Zonen) energisch zu verfolgen und zugleich die Grundziele im Auge zu behalten (Frieden im Sinn des biblischen Schalom als Versöhnung des Menschen mit Gott und in Gott mit sich selbst und der Natur);
— die Bereitschaft, zur eigenen Mitschuld zu stehen und im Gegner, statt ihn als Feind abzustempeln, den Bruder zu entdecken;
— den Mut, es mit der stillen Kraft zu wagen, die aus der Vergebung fliesst.

Teil 2: Analyse

A. Äusserste Krise durch Politik der Abschreckung

Wir befinden uns in einer äussersten Krise, denn der Atomkrieg bedroht die Existenz unseres Planeten: diese Bedrohung ist verheerender als alles, was die Welt je erlebt hat.
Die Politik der Abschreckung ist zum Scheitern verurteilt: Jede Seite bemüht sich, ihre Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen unter Beweis zu stellen, um so deren Verwendung durch die andere Seite zu verhindern. So werden neue und leichter einsetzbare Atomwaffen für den Erstschlag entwickelt, die die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges erhöhen.
Im Namen eines bestehenden oder drohenden Ungleichgewichtes wird aufgerüstet: Ende 1983 sollen im Rahmen des Nato-Doppelbeschlusses neue Mittelstreckenraketen (Pershing 2 und Cruise missiles) in Europa aufgestellt werden. Der Ostblock baut sein Mittelstreckenpotential (SS 20) aus. Auf der strategischen Ebene werden auf beiden Seiten neue atomare Langstreckenraketen entwickelt (MX, SS 17/19). Dazu werden auch die Neutronenbombe, taktische atomare Rüstung und konventionelle Waffen, chemische und biologische Vernichtungsmittel weiterentwikkelt. Dies alles stellt eine wachsende Bedrohung dar.
Die Regierungen, die Medien und private Interessengruppen überfluten uns mit Schlagworten wie: «Theorie des hohen Eintrittspreises» (Dissuasion), «verhandeln aus einer Position der Stärke», «alle reden vom Frieden, unsere Armee schützt ihn», «Peacemaker-Raketen», «Gewinn- und Begrenzbarkeit eines atomaren Konfliktes». Dabei sind Generationen im Schatten eines Atomkriegs und der Gewalt aufgewachsen und haben sich an die Bedrohung gewöhnt. Die Besorgnis ist der Ohnmacht und der Gleichgültigkeit gewichen.
Die Atommächte konnten trotz dem Atomsperrvertrag die Verbreitung von Atomwaffen nicht verhindern. Die Zunahme der Atomkraftwerke und das Wachstum der sie betreibenden Industrie machen eine weltweite Verbreitung von Atomwaffen immer wahrscheinlicher und vervielfachen somit die Risiken von atomaren Auseinandersetzungen. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte zeigt: *Eine Trennung zwischen militärischer und ziviler Atomtechnologie ist nicht möglich.*
Wenn neuerdings davon die Rede ist, einen Atomkrieg zu gewinnen oder auch nur zu überleben, so wird eine Realität verdrängt: Jeder atomare Krieg wird unausweichlich Tod, Krankheit und Leiden von wahrhaft infernalischen Ausmassen nach sich ziehen. Und es besteht keine Möglichkeit für eine wirksame medizinische Behandlung.
Ein wachsender Anteil des weltweiten Wirtschaftspotentials wird für Rüstung verwendet, obgleich die gegenseitige Vernichtung längst im Übermass gewährleistet ist. Diese ökonomische Belastung trägt im Osten und im Westen zu wachsenden sozialen und politischen Spannungen bei und verstärkt die Ungerechtigkeit zwischen den reichen und den armen Gebieten der Welt. *Die Aufrüstung ist mitschuldig am Elend und Hungertod in den Ländern der südlichen Hemisphäre.*
Die Abrüstungs- und Rüstungsbeschränkungsverhandlungen haben bis heute diese Entwicklung nicht verhindert. Wir sind deshalb blind, wenn wir unsere Hoffnungen auf die Abrüstungsverhandlungen beschränken und darauf verzichten, andere Friedensstrategien zu entwickeln.

B. Mitbetroffenheit und Mitverantwortung der Schweiz

Unser Land ist von dieser Entwicklung mitbetroffen, auch wenn wir über eine defensive Armee und nicht über Atomwaffen verfügen:

1. *Die schweizerischen Atomexporte leisten Beihilfe zur ersten südamerikanischen und arabischen Atombombe.* Weiter werden bei uns kostspielige Forschungen im Bereich der atomaren Folgetechnologie betrieben. Diese Technologie erlaubt es, in den Besitz von waffenfähigem Plutonium zu gelangen.

2. *Der Zivilschutz ist* im engeren Sinn *die schweizerische Version des kontrollierbaren Atomkrieges:* Statt mit aller Kraft der atomaren Bedrohung entgegenzutreten, richtet sich unser Land für die kommende Katastrophe ein und realisiert ein weltweit wohl einzigartiges Zivilschutzprogramm. Natürlich ist die totale Verbunkerung des Landes an sich ein defensives Verhalten und der Verschwendung der gleichen Summen für Raketen und Atomsprengköpfe zu «Abschreckungszwecken» vorzuziehen. Trotzdem trägt dieses Programm zum Kriegsrisiko bei:
   — Es schützt die Doktrin des Militärs, die Schweiz sei nicht mehr atomar erpressbar.
   — Es vermittelt Sicherheitsillusionen, die dazu führen, dass die Schweiz sich aussenpolitisch kaum aktiv um die Verhinderung von Kriegen kümmert, was doch die einzige realistische Politik für einen Kleinstaat wäre.
   — Es führt allgemein zu einer fatalistischen Haltung gegenüber dem Krieg.

3. 1972 verwarf das Schweizervolk knapp die Initiative «für vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot». Das seither in Kraft gesetzte Kriegsmaterialgesetz verbietet Waffenexporte in Gebiete, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen. Trotzdem werden schweizerische Waffen in Länder Mittelamerikas und des Mittleren Ostens exportiert. *Die schweizerische Rüstungswirtschaft profitiert vom Elend und Tod anderer Menschen.*

4. *Die Schweiz verstösst tendenziell gegen ihre Maxime der Neutralität und Solidarität:*
   — Sie hat nicht verstanden, eine glaubwürdige Alternative zur Aufteilung Europas in zwei Blöcke zu sein.
   — In Bezug auf die Waffensysteme der Armee ist sie eindeutig von den Natostaaten abhängig.
   — In der Aussenpolitik zeichnet sie sich mit dem Argument der «Nichteinmischung» durch mangelnde Solidarität mit den Opfern der Machtpolitik aus.
   — Seit langem ist kaum eine Friedensinitiative von unserem Lande ausgegangen; es ist beschämend, dass die Schweiz nicht einmal ein öffentliches Friedensinstitut besitzt.

5. Auch in der Schweiz nimmt die *Militarisierung der Gesellschaft* zu:
   — Um unsere Verteidigungsbereitschaft aufrechtzuerhalten, beteiligt sich die Schweiz an der konventionellen Aufrüstung.
   — Immer grössere Kreise unserer Gesellschaft werden in die Gesamtverteidigung einbezogen: Frauen, Gesundheitswesen.
   — Zur Stärkung des Wehrwillens wird ein Wehrkundeunterricht vorgeschlagen.
   — Es wird immer mehr Propaganda (Defilees, Wehrschauen) für die Armee gemacht.
   — Andersdenkende Minoritäten werden an den Rand gedrängt: Jugendliche, Angehörige der Friedensbewegung, Dienstverweigerer.

Teil 3: Praktische Folgerungen

A. Der Friedensauftrag der Kirchen

Das Engagement der Schweiz für den Frieden lässt sich auf mannigfaltige Weise vorstellen. Wir wollen aber nicht der Gefahr erliegen, einen langen Forderungskatalog aufzustellen, sondern möchten uns bemühen, Stellen aufzuzeigen, wo wir uns besonders einsetzen können. Wir richten uns mit diesen Vorschlägen ganz speziell an die Christen in unserem Lande und haben uns besonders überlegt, wie die Kirchen ihren Friedensauftrag wahrnehmen könnten. Unsere Vorschläge tragen wir nicht von aussen an die Kirche heran, sondern wir verstehen sie als den Beitrag von bewussten Gemeindegliedern und als Vorschläge zu einem neuen Ernstnehmen der Friedensfrage in der Christenheit.

Die Friedensfrage stellt die christliche Gemeinde vor eine zentrale Entscheidung: Hier muss ein Bekenntnis dazu abgelegt werden, dass das Evangelium sich weder nur an den inneren Menschen wendet, noch allein das Verhältnis zwischen mir als Individuum und dem einzelnen Nächsten meint, sondern sich auch auf das weltweite Zusammenleben und die Strukturen der internationalen Politik bezieht. Die Kirchen können heute nicht mehr an der Friedensfrage vorbeigehen, sondern müssen diese als Teil ihres Bekenntnisses betrachten.

Es gibt unter uns Mitchristen, die sagen: «Man muss die Armee abschaffen und ohne Rüstung leben». Wir wollen uns davor hüten, diese Vorstellung leichthin als utopisch abzuweisen, denn die prophetische Botschaft sagt von Zion in der letzten Zeit: «Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spiesse zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere ein Schwert aufheben, und sie werden hinfort nicht mehr kriegen lernen» (Jesaja 2, 2-4). Jesus hat auf Gewalt verzichtet und ist den Weg der absoluten Gewaltlosigkeit gegangen. An uns Christen ergeht der Ruf der Nachfolge in dieser Haltung. Es ist also ein christlicher Weg, in der Liebe zu allen Menschen, auch zum Feind, auf bewaffnete Verteidigung zu verzichten, auch wenn dieser Weg ins Leiden führt. Wir müssen diesen Weg als eine Möglichkeit anerkennen, denn es gibt Christen, die im Gehorsam und im Gebet auf ihn geführt werden.

Es gibt unter uns aber auch Mitchristen, die sagen: «Wir dürfen nicht auf die Armee verzichten, denn Landesverteidigung, speziell im rein defensiven Rahmen und unter der strikten Wahrung der Neutralität,verstösst nicht gegen das Gebot Gottes». Wir sind als Glieder derselben christlichen Gemeinden in dieser Frage nicht einig.

Wir halten aber dafür, dass die Friedensbedrohung so gewaltig ist, dass der Gegensatz zwischen den Anhängern der Landesverteidigung und Anhängern der Gewaltlosigkeit überwunden werden muss. Christen beider Überzeugungen gehören zur einen Gemeinde Jesu Christi und haben genügend Gemeinsamkeiten, um zusammen etwas für den Frieden zu tun und Zeichen der Hoffnung zu setzen.

B. Vorschläge für ein gemeinsames Friedenszeichen

Wir machen folgende Vorschläge für ein gemeinsames Friedenszeichen:

1. Wir betrachten es als ein Geschenk Gottes, dass in Ost und West, in Nord und Süd Menschen erwachen, sich im Kampf für den Frieden finden und sich gegen die Resignation auflehnen. Wir bitten die Verantwortlichen der Kirchen in Basel und in unserem Lande, *dem Gebet für den Frieden und dem Nachdenken über den Frieden einen festen Platz im Gottesdienst* zu geben. Insbesondere schlagen wir die Organisation eines jährlichen Friedenssonntages in allen Kirchen und Freikirchen vor. Wir bitten die reformierte Kirchensynode in Basel, dazu die Initiative zu ergreifen. Das Friedensanliegen soll aber nicht nur einmal im Jahr vertreten werden, sondern die Gemeinden durch das ganze Kirchenjahr begleiten und im Fürbitteteil jedes Gottesdienstes erscheinen. Wir bitten die kirchlichen Behörden, zu überlegen, wie man die Gemeinden dazu anleiten könnte, in ihrer gemeinsamen und individuellen Fürbitte aktuelle Friedensaufgaben vor Gott zu bringen, zum Beispiel die Schaffung atomwaffenfreier Zonen oder die Friedensverhandlungen im Nahen Osten. Das Nachdenken über den Frieden und das konkrete Gebet für den Frieden sollten unter uns stärker werden.
2. Auch im Zusammenleben mit Christen anderer Länder wollen wir als Gemeinden ein Friedenszeugnis ablegen, indem wir mit den bedrohten Gemeinden der Zweiten und Dritten Welt in Kontakt kommen und die Erfahrungen der Mission und der kirchlichen Werke ernst nehmen, die viel von der Situation der Menschen ausserhalb Westeuropas wissen. Wenn möglich sollten *direkte Partnerschaften mit Gemeinden im Ostblock und der Dritten Welt* errichtet werden und die weltweite Zusammenarbeit unter Christen in Erinnerung halten.
3. Als Christen wollen wir auf der Grundlage der Fürbitte und des individuellen Friedenszeugnisses auch durch politische Stellungnahme für den Frieden eintreten. Wir nehmen uns vor, *für den Beitritt der Schweiz zur UNO* zu werben und zu stimmen, weil unser Land damit seine Solidarität (auch die wirtschaftliche) mit der ganzen Welt zum Ausdruck bringt. Eine Ablehnung des UNO-Beitrittes brächte unserem Volk grossen Schaden, weil sie die Resignation zur Staatsmaxime erheben würde und sich als überhebliche Vorstellung von der Schweiz als einer Insel in der Welt allen einprägen würde. Wir bitten die kirchlichen Behörden, darüber nachzudenken, wie die christliche Gemeinde schon jetzt das Bewusstsein der internationalen Solidarität und der sie tragenden Institutionen fördern könnte.
4. Als Christen, die in bezug auf die schweizerische Landesverteidigung verschiedener Ansicht sind, wollen wir uns dafür einsetzen, dass *Feindbilder abgebaut* wer-

den. Wir bitten Kirchenbehörden und Kirchgemeinden, die *Methoden der gewaltlosen Konfliktbewältigung und der sozialen Verteidigung* ernsthaft zu bedenken und konkrete Versuche in dieser Richtung zu unterstützen. Im Hinblick auf eine Bekämpfung des Kriegs an der Wurzel bitten wir die kirchlichen Behörden, die Bemühungen um neue Strukturen in der Dritten Welt zu unterstützen, in der *Bekämpfung des Rassismus* nicht müde zu werden, diese Anliegen ins Fürbittegebet aufzunehmen und Mittel für ihre Realisierung aufzubringen. Wir wollen auch dafür wirken, dass in der Schweiz nach einem *neuen Lebensstil* gesucht wird, der nicht die Kluft zur Dritten Welt vergrössert.

5. Die Kirchen der Schweiz haben sich seit Jahren für die *Einrichtung eines Zivildienstes* für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen eingesetzt. Wir bitten die Kirchenbehörden, in dieser Anstrengung nicht müde zu werden und insbesondere auch Lösungen zu unterstützen, die das schwierige und unsichere Verfahren der Gewissensprüfung überflüssig machen (Tatbeweisinitiative). Solange Menschen ins Gefängnis gehen müssen, weil sie vor ihrem Gewissen nicht anders handeln können, muss die christliche Gemeinde zu ihnen stehen. Wir bitten die Kirchgemeinden, Dienstverweigerer im Gefängnis zu unterstützen.
6. Wir bitten die Kirchenbehörden und die Kirchgemeinden, den «Meyerbericht» über den Einbezug der Frau in die Gesamtverteidigung zu prüfen und dazu innerhalb der Vernehmlassungsfrist Stellung zu nehmen. Wir bitten sie, *gegen jede Militarisierung der Frauen,* aber *für die Schaffung eines freiwilligen Friedensdienstes* zu votieren.
7. Wir leiden darunter, dass unser Land auf direktem und indirektem Wege *Waffen* und kriegsnotwendiges Material *in Konfliktgebiete* der Erde exportiert. Es müssen andere Wege gefunden werden, um die Arbeitsplätze in der Maschinenindustrie zu erhalten. Wir bitten die einzelnen Mitchristen, an allen möglichen Orten gegen dieses moralisch verwerfliche Geschäft aufzutreten. Wir bitten die Kirchen, bei den Bundesbehörden unablässig gegen diese *schweizerische Schande* aufzutreten.
8. Ausser konkreten Massnahmen zur Kriegsverhinderung muss darüber nachgedacht werden, wie die gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Verhältnisse umzugestalten sind, damit Kriege selten oder sogar unmöglich werden. *Frieden beruht auf Gerechtigkeit.* Eine friedliche Welt setzt eine internationale Rechtsordnung und Weltwirtschaftsordnung sowie gerechte Zustände in den einzelnen Ländern voraus. Als Christen wollen wir am Nachdenken über diese Vorbedingungen des Friedens teilnehmen. Wir bitten die kirchlichen Behörden, zu überlegen wie sie die *Friedensforschung* fördern können. Zu diesem Zweck sollten die Erfahrungen des Interkirchlichen Friedensrates (IKV) in Holland befragt werden, und man sollte versuchen, in der Schweiz ein ähnliches Gremium zu schaffen.

Sozialistische Kirchgenossen Basel
Kontaktadresse: Kurt Zumbrunn, Präsident, Oberwilerstr. 88, 4054 Basel

---

Was will das Manifest? — Fragen an Markus Mattmüller

Zur Orientierung über den Absender, den Adressaten und das Ziel des Zweiten Manifests der Sozialistischen Kirchgenossen Basel hat uns Markus Mattmüller die nachstehenden Fragen beantwortet.

Für die Leserinnen und Leser, die sich in der religiös-sozialen Bewegung nicht so gut auskennen eine Vorfrage: Wer sind die Sozialistischen Kirchgenossen Basel?

Die Sozialistischen Kirchgenossen Basel wurden 1930 gegründet. Zu den Gründern gehörte eine Reihe von reformierten Theologen und Laien, unter ihnen Dr. Eduard Koechlin und Pfarrer Rudolf Schwarz. In den späten 70er Jahren wurde diese Vereinigung durch eine Arbeitsgruppe, die vorwiegend aus Theologiestudenten bestand, reaktiviert.

Euer Friedenspapier wird als «Zweites Manifest» bezeichnet. Wie verhält sich dieser Text zum ersten Manifest?

Das erste Manifest wurde 1979 zum Basler Reformationsjubiläum ausgearbeitet. Es befasste sich generell mit dem Verhältnis des christlichen Glaubens zum Sozialismus. Das zweite Manifest handelt nur über den Sonderaspekt «Kirche und Friedensfrage», ist also weniger umfassend.

Wer ist der Adressat des Manifests?

Nach einem Friedensgottesdienst anfangs 1982 richteten wir eine Petition an evangelische und katholische Kirchenleitungen der Region Basel. Darin sprachen wir die Bitte aus, die Kirchen möchten die Friedensfrage ernsthaft diskutieren. Es ging uns darum, dass diesmal die Kirchen nicht wie bei der Arbeiterfrage im 19. Jahrhundert den Moment eines notwendigen Bekenntnisses verpassten.
Positiv reagiert hat nur die Evangelisch-reformierte Kirche Basel-Stadt und — gegen den Widerstand konservativer Kreise — für den 21. Juni 1983 eine Diskussionstagung zum Thema beschlossen.

Das Manifest legitimiert sowohl die Option für die (rein defensive) Armee als auch die Option der Armeegegner. Wo stehen nun eigentlich die Sozialistischen Kirchgenossen?

Es gibt unter uns beide Meinungen; dass wir beide Optionen offenlassen, beruht auf der Situation, in die hinein wir unser Wort sagen wollen. Wir halten es für unfruchtbar, dass immer die militärische Landesverteidigung vorgeschützt wird, wenn man bei uns zulande einen konkreten Friedensbeitrag erwartet. Auch Befürworter der militärischen Landesverteidigung können mit Armeegegnern zusammen konkret etwas für den Frieden tun. Das Manifest sucht eine gemeinsame Basis.

Besteht nicht die Gefahr, dass Ihr in der Armee-Frage einen voreiligen und erst noch schlechten Kompromiss eingegangen seid, nicht unähnlich der amtskirchlichen Toleranzformel vom «Frieden schaffen mit und ohne Waffen» in der BRD? Wollt ihr den religiösen Sozialismus in der Schweiz auf diese Formel verpflichten?

Wir möchten, dass sich die Kirchen auch für den «Frieden schaffen ohne Waffen» stark machen und dieses Element viel stärker betonen, als das bisher bei ihnen der Fall war. Wir richten uns an die Kirchen und behalten uns vor, für uns persönlich und als Gruppe auch noch weiter zu gehen.

Aus befreundeten Vereinigungen

Aufruf an die Christen der Schweiz

Im Augenblick durchlebt das Volk von El Salvador eine der schwersten Epochen seiner langen Leidensgeschichte. In diesem Land veranstaltet das Militär einen fürchterlichen Holocaust gegen das eigene Volk und versucht, dessen Widerstand durch Massaker in Blut zu ersticken. Täglich werden Dutzende von Menschen grausam gefoltert und umgebracht. Armee, Nationalgarde, Polizei und polizeiähnliche Terrorkommandos und die sogenannten «Todesschwadronen» schrecken zur Aufrechterhaltung der sozialen Ungerechtigkeit und dessen, was sie «Ordnung» nennen, vor keiner Gewalt zurück.
Dies alles geschieht in einem Land, das sich christlich nennt, gegen eine Kirche, die eindeutig Partei ergreift für die Armen und Geknechteten, für die soziale Gerechtigkeit und Freiheit. Erzbischof Romero von San Salvador schrieb wenige Wochen vor seiner Ermordung: «Weil sie die Armen verteidigt, ist die Kirche in Konflikt mit den Mächtigen der wirtschaftlichen Oligarchie und den politischen und militärischen Führern des Staates geraten.»
Weil die Kirche Solidarität mit den Armen und Unterdrückten übt, werden zahlreiche